

Stand: 25.04.2026 02:13:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10739

"Steigende Sprit- und Energiepreise infolge des Iran-Krieges abfedern - Bürger und Wirtschaft effektiv entlasten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10739 vom 10.03.2026
2. Beschluss des Plenums 19/10779 vom 11.03.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 11.03.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Kerstin Schreyer, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel, Peter Wachler und **Fraktion (CSU)**

Steigende Sprit- und Energiepreise infolge des Iran-Krieges abfedern – Bürger und Wirtschaft effektiv entlasten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die anhaltenden geopolitischen Spannungen und die daraus resultierenden Verwerfungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten weiterhin zu erheblichen Belastungen für Unternehmen und private Haushalte, insbesondere in den Bereichen Mobilität und Wärme, führen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine kartellrechtliche Überprüfung der aktuellen Sprit- und Energiepreise einzusetzen, wie dies vom bayerischen Ministerpräsidenten angekündigt wurde.

Der Landtag stellt fest, dass es Ziel der zu ergreifenden Maßnahmen sein muss, dass sich Entlastungen für Pendler, Handwerk, Logistik und mittelständische Unternehmen ergeben. Insbesondere für den Flächenstaat Bayern ist die Bezahlbarkeit von Mobilität im ÖPNV, SPNV und Individualverkehr von essenzieller Bedeutung, damit gerade ländliche Regionen nicht abgehängt werden.

Sollten die kartellrechtliche Überprüfung und weitere kurzfristige Maßnahmen nicht zu einer Verbesserung der Situation für die Verbraucher führen, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund und der EU für weitere Maßnahmen einzusetzen, welche die Sprit- und Energiepreise für Verbraucher und Unternehmen langfristig senken.

Begründung:

Die anhaltenden und sich derzeit verschärfenden geopolitischen Spannungen und die daraus resultierenden Verwerfungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten führen weiterhin zu erheblichen Kosten- und Planungsunsicherheiten für Unternehmen. Besonders betroffen sind energie- und transportintensive Branchen, das Handwerk sowie kleine und mittlere Unternehmen, die steigende Energie- und Logistikkosten kurzfristig nur sehr begrenzt kompensieren können. Die Mehrfachbelastungen wirken entlang von

Wertschöpfungsketten, erhöhen den Preisdruck und schwächen die Wettbewerbsbedingungen des Wirtschaftsstandorts.

Daher ist in einem ersten Schritt eine kartellrechtliche Überprüfung nötig. Wenn diese und weitere kurzfristige Maßnahmen nicht die gewünschten Effekte erzielen, ist in einem zweiten Schritt über langfristige Maßnahmen zur dauerhaften Senkung der Sprit- und Energiepreise nachzudenken, um Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen zu entlasten.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Kerstin Schreyer, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel, Peter Wachler und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/10739

Steigende Sprit- und Energiepreise infolge des Iran-Krieges abfedern – Bürger und Wirtschaft effektiv entlasten!

Der Landtag stellt fest, dass die anhaltenden geopolitischen Spannungen und die daraus resultierenden Verwerfungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten weiterhin zu erheblichen Belastungen für Unternehmen und private Haushalte, insbesondere in den Bereichen Mobilität und Wärme, führen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine kartellrechtliche Überprüfung der aktuellen Sprit- und Energiepreise einzusetzen, wie dies vom bayerischen Ministerpräsidenten angekündigt wurde.

Der Landtag stellt fest, dass es Ziel der zu ergreifenden Maßnahmen sein muss, dass sich Entlastungen für Pendler, Handwerk, Logistik und mittelständische Unternehmen ergeben. Insbesondere für den Flächenstaat Bayern ist die Bezahlbarkeit von Mobilität im ÖPNV, SPNV und Individualverkehr von essenzieller Bedeutung, damit gerade ländliche Regionen nicht abgehängt werden.

Sollten die kartellrechtliche Überprüfung und weitere kurzfristige Maßnahmen nicht zu einer Verbesserung der Situation für die Verbraucher führen, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund und der EU für weitere Maßnahmen einzusetzen, welche die Sprit- und Energiepreise für Verbraucher und Unternehmen langfristig senken.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Josef Lausch

Abg. Florian Köhler

Abg. Stephanie Schuhknecht

Abg. Florian von Brunn

Abg. Jenny Schack

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU)**

**Steigende Sprit- und Energiepreise infolge des Iran-Krieges abfedern - Bürger
und Wirtschaft effektiv entlasten! (Drs. 19/10739)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Josef Lausch das Wort.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf dem Balkon! Zur Sache: Die Ausgangslage, die bekannten, anhaltenden geopolitischen Spannungen fast, muss man sagen, auf der ganzen Welt treiben die Energie- und die Rohstoffpreise in die Höhe. Viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erleben aktuell einen Preisschock. Die Folge sind erhebliche Belastungen für Haushalte, Unternehmen und die Wirtschaft in Land und Bund. Besonders betroffen sind die Bereiche Mobilität und Wärme. Wirtschaftliche Auswirkungen sind zu befürchten oder schon vorhanden. Hohe Energie- und Spritpreise treffen vor allem das Handwerk, die Logistik, kleinere und mittlere Unternehmen und die energieintensive Industrie. Energie- und Transportkosten lassen sich kurzfristig kaum ausgleichen. Das schwächt unsere Wettbewerbsfähigkeit und die Investitionsbereitschaft.

Die Belastungen für die Pendler und besonders für die ländlichen Regionen, gerade hier in Bayern als Flächenland, sind immens. Für viele Menschen ist Mobilität keine einfache Option, sondern eine Voraussetzung für ihr tägliches Leben. Gerade im Flächenstaat Bayern gilt, dass Berufspendler, die den Laden bei uns im Land am Laufen halten, auf bezahlbaren Treibstoff angewiesen sind. Ländliche Regionen dürfen nicht durch teure Mobilität abgehängt werden. Bezahlbare Mobilität braucht es auch im ÖPNV, im Schienenpersonennahverkehr und natürlich im Individualverkehr.

Die Diskussion beim vorletzten Dringlichkeitsantrag über das Kartellamt wäre eigentlich überflüssig gewesen. Das Kartellamt sollte seinen Job machen und von sich aus tätig werden. Die Mineralölkonzerne dürfen sich die Taschen nicht auf Kosten globaler Krisen füllen. Eine Lösung ist auch der Ausbau der erneuerbaren Energien, um Unabhängigkeit und Selbstständigkeit zu schaffen. In Bayern und in Deutschland haben wir dafür das Potenzial. Der Ausbau unserer "Heimatenergien", wie ich sie bewusst nenne, schafft eine größere Unabhängigkeit von Importen aus Krisenregionen und von den finanziellen Auswirkungen.

Wir setzen uns daher weiterhin – auch wenn bestimmte Oppositionsparteien dies anders sehen – kraftvoll für den Ausbau erneuerbarer Energien, für heimischen Strom und – besonders wichtig – auch für die Wärmeversorgung ein. Bezahlbare Energie und Mobilität sind eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke, soziale Stabilität und gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land – jetzt hätte ich beinahe gesagt: trotz des Länderfinanzausgleichs. Ob das Gebot einer nur einmal täglichen Preiserhöhung an den Tankstellen zielführend ist, weiß ich nicht. Wenn die Tankstellen wollen, erhöhen sie täglich eine Woche lang den Preis. Dann haben wir dasselbe negative Ergebnis für die Bevölkerung.

Die Bayerische Staatsregierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN setzt sich daher für schnell sinkende Preise an den Tankstellen ein, auch wenn dies natürlich in erster Linie Bundessache ist. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung, Herr Kollege Lausch, und zwar von Herrn Kollegen Florian Köhler.

Florian Köhler (AfD): Herr Lausch, Sie haben mich vorhin gefragt, ob ich mich bei mir vor Ort für ein Windrad oder ein Kernkraftwerk starkmachen würde. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich mich jederzeit für ein Kernkraftwerk einsetzen würde, und ich würde die Frage ein bisschen umformulieren. Ist ein Windrad gebaut, werden der Betrieb und

die Wartung von Serviceteams übernommen. Ein Techniker kümmert sich um 5 bis 20 Anlagen. Es werden also null Jobs vor Ort geschaffen. Beim Kernkraftwerk Isar 2 hatte man langfristig circa 500 Jobs geschaffen, über Jahrzehnte gesichert, direkt am Standort und gut bezahlt für hoch qualifiziertes Personal. Bei einer Revision kamen sogar noch Firmen von außen hinzu.

Jetzt möchte ich Sie fragen: Wofür würden Sie sich entscheiden? Für Windräder, die lokal null Jobs schaffen, oder für die Energiequelle in Ihrem Stimmkreis, die deutlich mehr dauerhaft gut bezahlte Arbeitsplätze vor Ort schafft?

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Danke für die Retourkutsche und die Möglichkeit zur Stellungnahme. Das gehört zum demokratischen Spiel, alles gut. Tatsächlich waren beim Betrieb eines Atomkraftwerks viele, viele externe Firmen im Einsatz, die nicht aus der Region stammten. Wenn ich es richtig im Kopf habe, war bei Isar 2 eine niedrige dreistellige Personenzahl angestellt. Bei den Windrädern kommt es darauf an. Auch hier gibt es regionale Firmen, je nachdem, wo man sitzt, die Gewerbesteuer zahlen. Natürlich ist mir ein Windrad immer lieber als ein Atomkraftwerk. Würde bei einem Windrad die Wartung aus Kostengründen vernachlässigt, entstünde ein Schaden im Umkreis von nur 200 Metern. Wird bei einem Kernkraftwerk die Wartung vernachlässigt, gibt es einen Schaden im Umkreis von 100 Kilometern. Daher ist dies ein bisschen zu kurz und zu engstirnig gedacht. Das Windrad geht bei mir immer vor Kernkraft. Dass ein Windrad keinen Schönheitspreis für die Landschaft gewinnt, ist klar, –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie auf die Redezeit!

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): – aber "Wasch mir den Pelz, und mach mich nicht nass" funktioniert nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächster spricht Herr Kollege Florian Köhler.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir von der AfD-Fraktion lehnen diesen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU entschieden ab, und zwar nicht deswegen, weil wir die steigenden Sprit- und Energiepreise nicht sehen würden; im Gegenteil, wir sehen sie jeden Tag an den Tankstellen, in den Rechnungen der Handwerker, in den Küchen der Familien und in den Bilanzen der Mittelständler. Ich habe erst heute früh für 2,12 Euro pro Liter getankt. Das macht 86 Euro für 40 Liter.

Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil er wieder einmal nur heiße Luft produziert. Eine kartellrechtliche Prüfung hier, ein Appell an Berlin und Brüssel dort und am Ende nichts Konkretes für die Menschen. Während der Iran-Krieg die Märkte durcheinanderwirft, tun die Altparteien so, als wären die Preise nur ein geopolitisches Problem. Das ist falsch. Die wahren Preistreiber und Profiteure sitzen in Berlin und Brüssel: die grünrote Energiewende, der Green Deal, die CO₂-Steuer und die irrsinnigen Sanktionen, die vor allem den deutschen Bürger treffen. Das ist kein Zufall, das ist Politik gegen das eigene Volk.

(Beifall bei der AfD)

Selbst Hubert Aiwanger, seines Zeichens Wirtschaftsminister und Chef der FREIEN WÄHLER in Bayern und im Bund, hat kürzlich gefordert, die CO₂-Bepreisung sofort auszusetzen. Damit hat er grundsätzlich recht. Endlich einmal ein Funken Wahrheit aus den Reihen der Antragsteller. Aber was macht seine Fraktion? – Sie bringt einen Antrag ein, der genau diese CO₂-Steuer mit keinem Wort und keiner Silbe erwähnt und in dem stattdessen wieder eine kartellrechtliche Überprüfung gefordert wird. Das ist typisch für Hubert Aiwanger und die FREIEN WÄHLER. Im Wahlkampfgetöse kann man laut poltern, aber in der Regierung und im Landtag kuscht man wieder. Das reicht den Menschen nicht mehr.

Sie fragen ja immer nach Lösungen. Diese bringe ich Ihnen.

Erstens. Die CO₂-Steuer muss sofort und vollständig ausgesetzt und nicht nur geprüft werden. Der Herr Staatssekretär ist leider schon gegangen. Er hat ja selbst gesagt – –

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Der ist schon noch da!)

– Ich sehe ihn nicht.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Er kommt wieder!)

Auf jeden Fall hat es geheißen, die Menschen bräuchten sofort eine Lösung und dergleichen. Sie haben vorhin selbst eingeräumt, dass eine kartellrechtliche Prüfung zwischen 6 und 18 Monate dauert. Mit diesem Antrag wird es nichts mit der Hilfe für morgen, meine Damen und Herren. Ich sage Ihnen gleich, jede Kilowattstunde Strom und jeder Liter Sprit wird durch die CO₂-Steuer verteuert. Das ist keine Klimapolitik, sondern letzten Endes Diebstahl und Enteignung.

Zweitens. Die Energiepreisbremse und die Subventionen müssen abgeschafft und stattdessen die Energiesteuern dauerhaft gesenkt werden. Der Tankrabatt als Einmalgeschenk reicht nicht. Wir brauchen hier eine Dauerlösung.

Drittens. Wir brauchen grundlastfähige Kraftwerke. Wir können uns nicht einfach nur auf Wind und Solar verlassen; ich glaube, das ist ein Thema, das durch ist. Da ist unsere Forderung auch: Alte Kraftwerke, die noch stehen, müssen reaktiviert und neue Kraftwerke gebaut werden.

Außerdem müssen wir uns an der eigenen Nase packen. Wir müssen eigene Ressourcen – das heißt, eigene Kohle, eigenes Gas – vor Ort abbauen können. Sie fordern immer: Keine Abhängigkeiten vom Ausland. – Ja bitte, dann machen wir das. Dann müssen wir unsere Rohstoffe, unsere Ressourcen eben hier vor Ort selbst schürfen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist wirklich an Dummheit nicht zu überbieten!)

Deutschland zuerst ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der AfD)

Wenn ich lese, meine Damen und Herren von den FREIEN WÄHLERN und der CSU, dass Sie Entlastung für Pendler, Handwerk und Mittelstand fordern, dann ist das schön gesagt. Mit einer Kartellprüfung entlasten Sie aber – ich hatte das eben angesprochen – erst einmal niemanden. Das Volk braucht auch keine Prüfberichte. Das Volk braucht bezahlbaren Sprit, bezahlbaren Strom und bezahlbare Wärme, und zwar heute und nicht irgendwann nach der nächsten EU-Konferenz.

(Michael Hofmann (CSU): Wenn das kein Populismus ist!)

Ja, die AfD will eine sichere und bezahlbare Energie für alle. Deshalb lehnen wir Ihren zahnlosen Antrag ab.

Herr Hofmann, Sie bezeichnen das als Populismus.

(Michael Hofmann (CSU): Das, was Sie machen, ja!)

– Ja, und das, was Sie machen, ist ein Schaufensterantrag. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächste hat Frau Kollegin Stephanie Schuhknecht das Wort. Bitte.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute schon wirklich viel über dieses Thema gesprochen, und es ist immer das Gleiche. Kaum eskaliert ein Konflikt in Nahost, gehen die Preise an den Tankstellen hoch, und das tatsächlich ab der ersten Minute, wenn die erste Bombe fällt. Das ist kein Automatismus. Das ist reine Abzocke. Ich glaube, das kann man so klar sagen.

Ein Blick ins Ausland zeigt: In den anderen EU-Ländern gibt es diese massiven Steigerungen an der Zapfsäule eben nicht sofort. Ich glaube, wir müssen schauen, dass

wir das in den Griff bekommen. Österreich hat dazu bereits entschieden, dass Tankstellen die Preise nur noch einmal am Tag anpassen dürfen. Von Winfried Kretschmann gab es dazu schon im letzten Jahr eine Initiative im Bundesrat, die im November positiv beschlossen wurde.

Schön, dass heute die Nachricht kommt, es solle jetzt schnell gehen, und schade, dass es bis heute gedauert hat, bis diese Erkenntnis kam; denn aktuell profitieren einfach die Mineralölkonzerne, die damit die Krisengewinner sind. Das muss man an dieser Stelle einfach auch so klar sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir wollen, dass die Menschen das Kartellrecht auch einmal als scharfes Schwert und nicht nur als eine Pro-forma-Möglichkeit wahrnehmen, dann muss es jetzt endlich auch einmal dazu kommen, dass Bußgelder gegen die Konzerne verhängt werden. Dafür gibt es aus meiner Sicht das Kartellamt, und ich erwarte, dass bei Absprachen, sofern sie stattgefunden haben – davon ist aber, wie sich das darstellt, auszugehen –, hart sanktioniert wird. Italien hat zum Beispiel 2025 gezeigt, dass das möglich ist. Da wurden sehr hohe Bußgelder verhängt, und das sollten wir in Deutschland auch entsprechend machen.

Gleichzeitig erkenne ich in dem Dringlichkeitsantrag der Regierungsfractionen eine gewisse Scheinheiligkeit in der Debatte; denn die Erkenntnis, dass fossile Abhängigkeiten ein massives Problem darstellen, kann Ihnen doch nicht erst in der letzten Woche vor der Kabinettsitzung gekommen sein. Sie sitzen in weiten Teilen im Bund mit am Kabinetttisch und sind für die Politik mitverantwortlich, die Katherina Reiche macht. Der Kollege Stümpfig hat heute schon viel dazu gesagt. Hier in Bayern liegt die Verantwortung für die bayerische Energiewende und für die Versäumnisse in diesem Bereich auch ganz klar in Ihren Händen. Das muss man sagen, und es wurde bereits viel gesagt.

Sie machen eine Politik, die Erneuerbare ausbremst, statt ihnen Raum zu geben. Das sehen wir auf der Bundesebene.

Sie machen eine Politik, die den Netzausbau viel zu lange ausgebremst hat. Was haben wir hier über 2 plus x, 3 plus x – keine Ahnung, wie viele Trassen wir brauchen oder nicht brauchen – diskutiert. Ich glaube, wir alle können uns noch lebhaft daran erinnern, wie es hier gelaufen ist.

Sie machen eine Politik, die das Nord-Süd-Gefälle beim Windkraftausbau eben nicht in den Griff bekommt und massive Redispatchkosten in Kauf nimmt. Die FfE hat herausgefunden, dass wir 1,8 Milliarden Euro einsparen könnten, wenn wir das besser hinbekämen.

Sie machen eine Politik, die den Menschen ein Märchen von der Biogastreppe erzählt und damit Mieter:innen in eine langfristige Kostenfalle treiben wird.

Sie machen eine Politik, die lieber den Begriff des hoch effizienten Verbrenners erfindet, als Elektromobilität als Zukunftschance für unsere Unternehmen zu verstehen.

Sie betreiben eine Politik, die am Ende mit all dem das Leben für die Menschen teurer macht und unsere Zukunft verspielt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir lassen es Ihnen nicht durchgehen, dass Sie hier so tun, als hätten Sie mit diesen ganzen Entwicklungen nichts zu tun. Denn es ist doch längst klar, dass Erneuerbare neben den ökologischen Vorteilen, die auf der Hand liegen, auch mit einem klaren geopolitischen Blick einfach Freiheitsenergien sind. Da muss ich jetzt, obwohl das ungewöhnlich ist, einmal Christian Lindner zitieren; denn da hatte er einfach recht, und es ist schade, dass sich diese Erkenntnis so spät durchsetzt.

Die Gasspeicher sind leer. Darüber werden wir auch morgen im Wirtschaftsausschuss noch einmal diskutieren. Ein Wiederauffüllen und die von Ihnen jetzt geforderten

Gasreserven werden zum jetzigen Zeitpunkt unter den jetzigen Voraussetzungen Unsummen kosten. Die Absenkung der verpflichtenden Mindestfüllstände bei den Gasspeichern haben Sie mitverantwortet. Sie haben sich noch dafür gefeiert, dass das abgeschafft ist. Das ist an dieser Stelle wirklich Ihre Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Aspekt wurde bisher noch nicht in dieser Klarheit angesprochen. Russland reibt sich die Hände, weil die USA eine dreißigtägige teilweise Aufhebung der Sanktionen beschlossen und damit den Weg für sprudelnde Einnahmen aus den Ölverkäufen zu wirklich ungeahnten Höchstpreisen frei gemacht haben. Bereits vor dem 5. März waren große Mengen an russischem Öl auf die Schattenflotte geladen, die schon darauf wartet, dieses Öl auf den Markt zu bringen. Da muss man einfach ganz klar sagen: Unsere Abhängigkeit füllt die Kriegskasse leider gegen die Ukraine und damit eigentlich auch gegen uns alle als Europäer, was wir dann an anderer Stelle wieder ausbaden müssen.

Ich fordere Sie also auf: Lernen Sie dieses Mal aus dieser Situation. Machen wir nicht wieder dieselben Fehler. Nutzen Sie zum Beispiel die Mehreinnahmen des Staates, die es unweigerlich gibt – das muss man sagen, denn durch diese hohen Preise nimmt der Staat sehr viel Geld ein –, zum Beispiel dafür, dass die Stromsteuer jetzt wirklich für alle gesenkt wird. Das ist nicht direkt an der Zapfsäule, aber es ist ein Weg, den Menschen noch einmal etwas zurückzugeben. Ich glaube, es wäre die Zeit, dass wir das auch wirklich tun.

Am Schluss möchte ich sagen: Nicht das Festhalten an den alten Technologien und Energieträgern, sondern die Elektrifizierung und Dekarbonisierung ist am Ende langfristig der Weg aus dieser Misere, und zwar für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern und in Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Bundeskartellamt kann seit dem 6. Juli 2023 aufgrund neuer Befugnisse durch § 32 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen prüfen, ob ein Marktfehlverhalten vorliegt, und unerlaubte Gewinne abschöpfen. Diese Änderung des Gesetzes wurde mit den Stimmen der Ampelkoalition von SPD, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von – ich sage das ganz ausdrücklich – CDU/CSU und AfD eingeführt. Weil Sie dagegen waren, wundert es mich, dass Sie heute alle fordern, das Bundeskartellamt solle prüfen.

Herr Hofmann, ich erinnere auch daran, weil Sie heute fleißig dazwischenrufen:

(Michael Hofmann (CSU): So fleißig wie Sie bin ich nicht!)

Die Union hatte sogar in Ihrem Regierungsprogramm, diesen § 32 wieder abzuschaffen.

Mich wundert es schon, dass insbesondere die CSU nicht klar benennt, was jetzt eigentlich passieren soll. Man kann natürlich sagen: Ja, wir ändern nur noch einmal am Tag die Preise oder lassen zu, dass nur noch einmal am Tag die Preise geändert werden. Das bringt ein bisschen was. Man kann sagen: Das Bundeskartellamt soll prüfen, jetzt muss Frau Reiche in die Gänge kommen.– Letztlich ist aber gerade von Ihnen keine einzige wirksame Maßnahme vorgeschlagen worden, wie die Menschen entlastet werden sollen und wie man insbesondere die Gier der Mineralölkonzerne in den Griff bekommt.

Wir haben ein Instrument, die Übergewinnsteuer, mit dem wir solche Gewinne abschöpfen können. Ich würde mir wünschen, wenn man für die soziale Marktwirtschaft ist und es ist ganz klar, dass hier ein Fehlverhalten von Marktteilnehmern vorliegt,

dass man einmal sagt: Wir schöpfen diese Gewinne ab und geben sie den Leuten, die sie brauchen.

(Michael Hofmann (CSU): Sie wissen das schon?)

– Das ist ein Vorschlag von Ökonomen: Übergewinnsteuer.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Sie wissen schon, was die Prüfung des Kartellamts ergibt? Das ist interessant!)

– Ich muss gar nicht wissen, was die Prüfung des Kartellamts ergibt.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben es doch gesagt!)

Ich kann einfach fordern, was wir tun sollen, dass das Bundeskartellamt diese Prüfung schnell machen soll und dass wir auf dieser Basis eine Übergewinnsteuer einführen.

(Michael Hofmann (CSU): Sie können sich winden, wie Sie wollen! Sie haben das gerade gesagt!)

Wenn man von vornherein ausschließt, dass man eine Übergewinnsteuer einführt, gibt man den Konzernen eigentlich grünes Licht, dass sie so weitermachen können.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Das ist der Punkt, den ich an Ihrer Politik kritisiere.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die Sitzungsleitung habe ich.

(Zurufe bei der CSU und der SPD)

Florian von Brunn (SPD): Wir müssen einfach wirksame Instrumente haben. Dazu wird in Ihrem Antrag kein einziges Wort gesagt. Deswegen werden wir diesem Antrag auch nicht zustimmen, sondern uns enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Jenny Schack.

Jenny Schack (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Letzte zu diesem Thema zu sprechen, nachdem eigentlich gefühlt schon alles gesagt worden ist, nur noch nicht von allen, mache ich gern. Wir haben alle an der Tanke gestanden – ich glaube, jeder von uns. Ich habe einen Diesel. Ich weiß auch, wie ich geschaut habe.

(Zuruf von der AfD: Oh, ein Diesel!)

– Ja, ich fahre Diesel. – Natürlich schockt uns das alle. Natürlich schauen wir auf diese Preise. Jeder wünscht sich, dass die wieder in einen gefühlt normalen Bereich kommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Seltsame ist, dass wir in Bayern, in Deutschland – das nimmt man wahr – damit gefühlt erst einmal gar nichts zu tun haben. Das ist etwas, was im Nahen Osten, im Iran seinen Anfang genommen hat. Unsere Energie oder unser Benzin, unser Öl beziehen wir eigentlich vorwiegend aus Norwegen. Deswegen ist diese gefühlte Diskrepanz da.

Jetzt kann man sagen, die Ölpreise haben in letzter Zeit ein bisschen nachgegeben. Gleichzeitig haben wir diese hohen Preise an der Tanke, die wir bezahlen müssen. Das ist genau der Punkt, an dem wir ansetzen: Wir wollen, dass wettbewerbsrechtlich hingeschaut, dass das bewertet und im Zweifel entsprechend dagegen vorgegangen wird. Wir haben es eben gehört: Es gibt die Möglichkeit, dass man dies eben veranlassen kann.

Heute hat sich im Laufe des Tages einiges geändert; darauf würde ich gleich gerne eingehen. Die koordinierte Freigabe von 400 Millionen Barrel Öl soll auch international den Preis wieder stabilisieren. Ich mache bei diesem Thema die kleine Schlussrunde und würde gerne noch einmal auf ein oder zwei Dinge eingehen, die heute gesagt wurden.

Das Erste. Die AfD sagt, wir oder die Bundesregierung – wie Sie es auch immer genannt hatten – würden an der Tankstelle einen Krieg gegen das eigene Volk führen. Entschuldigung, wenn jemand in diesem ganzen komplexen Zusammenhang einen Krieg gegen das eigene Volk geführt hat, war es das Ayatollah-Regime im Iran.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Dort hat es seinen Ausgangspunkt genommen, dass wir entsprechende Preise haben, was den Weltmarkt anbelangt. So etwas hier im Haus zu hören, ist bodenlos.

Zweitens. Zur Übergewinnsteuer, die immer wieder von der SPD angesprochen wird. Wir haben jetzt im Bundestag eine Taskforce gegründet: auch CSU, aber auch SPD. Dass man dann permanent immer gegen das schießt, was man gemeinsam versucht herauszuarbeiten,

(Florian von Brunn (SPD): Das machen Sie doch auch!)

um eben die überlasteten Menschen an der Tankstelle zu entlasten, die Handwerker usw., die gerade überhaupt rechnen und überlegen müssen, wie sie mit den Preisen umgehen – – Nur noch einmal die Frage in Ihre Richtung: Zum einen müsste das jetzt umgesetzt werden. Dann müssten wir erst einmal schauen, wo genau abgeschöpft werden muss. Ich weiß noch nicht genau, ob Sie wissen, was das genau heißen soll. Wie bitte soll uns denn eine Steuer, die wir an der Zapfsäule wiederum drauflegen, helfen, dass die Preise besser werden?

(Florian von Brunn (SPD): Das habe ich doch gerade erklärt!)

– Nein, das hat überhaupt keinen Sinn. Dazu sagen wir dezidiert: So kann es halt nicht funktionieren. Wir wollen uns die Märkte anschauen. Wir wollen auch dem entgegensteuern, was vielleicht überproportional abgeschöpft wird, aber das müssen wir uns entsprechend anschauen. Eine Übergewinnsteuer kann es nicht sein.

Es wurde viel gefragt, was jetzt getan wird; es wurde auch viel genannt. Ich habe gerade die Taskforce genannt. Vor allem ist heute auch international etwas geschehen, was unser Ministerpräsident schon am Wochenende gefordert hat, nämlich dass die Energie- und Spritpreise dadurch heruntergehen, dass man die – – Jetzt muss ich mal kurz schauen, wo ich es habe. Es ist ja wurscht; ich lege es zur Seite.

(Zuruf)

– Was denn? – Man gibt die 400 Millionen Barrel Öl frei und stabilisiert damit die Preise. Das wird nach und nach getan. Bundespolitisch haben wir die Möglichkeit, das Kartellrecht anzuschauen. Bundespolitisch haben wir die Möglichkeit, mit unserer Taskforce sehr genau hineinzuschauen. Was die kartellrechtliche Seite anbelangt, Sie haben es gerade gesagt: § 32f GWB macht es seit Kurzem möglich, sich das anzuschauen und entsprechende Sanktionen zu beschließen. Damit wäre der Rundumschlag, glaube ich, erledigt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Moment, bitte schön, Frau Kollegin. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung. Bleiben Sie gerne am Rednerpult. – Kollege Köhler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Jenny Schack (CSU): Herr Köhler, das erklären Sie mir!

Florian Köhler (AfD): Frau Schack, Sie müssten in der Union besser zuhören, wenn ich spreche; das wäre hilfreich, weil – –

(Widerspruch bei der CSU)

Jenny Schack (CSU): Schwierig.

Florian Köhler (AfD): Ja, das hören Sie ungern. Fakt ist aber, ich habe gesagt – ich zitiere –: Die wahren Preistreiber und Profiteure sitzen in Berlin und Brüssel: die grünrote Energiewende, der Green Deal, die CO₂-Steuer und die irrsinnigen Sanktionen, die vor allem den deutschen Bürger treffen. Das ist kein Zufall, das ist Politik gegen das eigene Volk. – Nicht "Krieg" gegen das eigene Volk. Da mögen Sie jetzt den Kopf schütteln,

(Jenny Schack (CSU): Wir können es ja nachlesen!)

aber Sie haben mir eine Aussage in den Mund gelegt, die ich so nicht getroffen habe. Ich teile Ihre Aussage: Die Einzigen, die einen Krieg gegen das eigene Volk führen, ist das Mullah-Regime, richtig. Das habe ich so nicht gesagt; bitte nehmen Sie das zur Kenntnis.

Jenny Schack (CSU): Lieber Herr Köhler, sollte ich es falsch verstanden haben – ich werde es mir noch einmal anhören –, werde ich mich gerne bei Ihnen persönlich dafür entschuldigen, dass ich es falsch verstanden habe. Das kann vorkommen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Nein, das kann man machen, auch wenn Buhrufe von den GRÜNEN kommen. Wenn man etwas falsch verstanden hat, kann man das auch sagen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Grundsätzlich können wir das diskutieren. Wir können es uns nachher gerne noch einmal anschauen. Da kann man gar nicht drumherum reden: Wenn ich es falsch gehört habe, habe ich es falsch gehört, wenn nicht, entschuldigen Sie sich noch einmal, ganz einfach.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/10739 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.